

Druck auf Scharping wächst

Inspekteur der Streitkräfte: Radaropfer schnell entschädigen

23.07.2001 (Quelle: [Bremer Nachrichten](#))

Der Druck auf das Verteidigungsministerium, krebserkrankte Radartechniker umgehend zu entschädigen, wird immer stärker. Der Inspekteur der Streitkräftebasis, Bernd Heise, der Bundeswehr-Verband und die Grünen-Politikerin Angelika Beer forderten am Sonntag eine unverzügliche Entschädigung. Der Bundeswehr-Verband sprach von einer "Kriegserklärung" des Ministeriums an die Opfer.

"Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass wir die kranken Männer hinhalten, bis sie sterben", sagte Heise dem in Berlin erscheinenden "Tagesspiegel". Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) müsse sich dafür einsetzen, dass die zugesagten monatlichen Zusatzrenten zwischen 400 und 1156 Mark zügig ausgezahlt würden, zitiert das Blatt den Inspekteur. Ob darüber hinaus Schmerzensgeld gezahlt werde, müsse davon abhängig gemacht werden, ob der Bundeswehr schuldhaftige Versäumnisse nachgewiesen würden, sagte Heise.

Beer sagte, die Bundeswehr habe es jahrelang versäumt, ihre Soldaten und Zivilbeschäftigten vor der gefährlichen Radar- und Röntgenstrahlung ausreichend zu warnen und zu schützen. "Viele Soldaten bezahlten diese unglaubliche Nachlässigkeit mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit", schrieb die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion in der "Bild am Sonntag". Sie forderte die Befreiung der Opfer von der Beweislast.

"Die Bundeswehr steckt Milliarden in Waffen und Material. Da sollte auch Geld für Erkrankte und Hinterbliebene da sein." Den Opfern sei nicht zuzumuten, dass jahrelang weiter geprüft und gestritten werde, bis auch Radarstrahlung als Berufskrankheit anerkannt werde. Scharping hatte jüngst bekräftigt, dass er eine "möglichst schnelle, großzügige und streitfreie Lösung" anstrebe. Er setzte einen Sonderbeauftragten ein, der die einzelnen Fälle prüft.

Hans-Joachim Ahnert, Jurist beim Bundeswehr-Verband, sagte dem "Tagesspiegel": "Es sieht so aus, als ob Minister Scharping nicht an einer ernsthaften Lösung interessiert ist. Offensichtlich wartet er, bis sich das Problem biologisch löst." Die Berufung eines Sonderbeauftragten sei eine "Kriegserklärung" an die Radaropfer. "Diese Männer sind sterbenskrank und sie sterben. Um das festzustellen, brauchen wir keinen neuen Sonderbeauftragten." Ein Sprecher des Ministeriums sagte dazu, diese Formulierung stoße auf völliges Unverständnis. Die Einrichtung eines Sonderbeauftragten habe die Absicht, eine rasche Bearbeitung konzentriert im Ministerium sicher zu stellen.

Dem Ministerium drohen Klagen auf insgesamt 120 Millionen Mark Schmerzensgeld. Der Anwalt der Geschädigten, Reiner Geulen, hatte das angesichts der "Untätigkeit des Ministeriums" als unvermeidlich erklärt. In den 60er und 70er Jahren waren Soldaten an Radargeräten wegen mangelnder Abschirmung krebserzeugender Röntgenstrahlung ausgesetzt, wie jüngste Untersuchungen ergaben. Inzwischen haben mehr als 300 Opfer Ansprüche angemeldet. Die Selbsthilfegruppe der strahlenkranken Radartechniker gehe von acht weiteren Todesfällen aus. Damit steige die Zahl auf mehr als 70, so der "Tagesspiegel".



Created: 23.07.2001 Updated: 23.07.2001